

eine Eroberung, noch eine Niederlassung, noch selbst einen politischen oder kommerziellen Vortheil mit Ausschluß anderer Mächte sucht. Auch wird der provisorischen Regierung anempfohlen, die allgemeine Abstimmung in einer Weise ins Werk zu setzen, daß kein Zweifel über den eigentlichen Willensausdruck des americanischen Volkes bestehen könne. Endlich erhebt sich der Minister gegen jeden Druck und jede Zwangsmäßigkeit, die den Begriffen der Civilisation zumüdausse, wie z. B. Sequestrationen, Proscriptionen &c. In dem Briefe vom 17. August ist auch von den Heiderungen Frankreichs die Rede. Die früheren sollen durch eine eigene Commission im Ministerium des Auswärtigen festgestellt werden. Die eigentlichen Expeditionskosten werden von dem Kriegs- und Marineministerium zusammengestellt werden, und Herr Trouvⁿ de Thury hofft, schon mit dem nächsten Pachtboot das Resultat dieser Arbeit dem General Bazaine mittheilen zu können.

St. Petersburg, 14. November. (Nat.-Alg.) Der Kaiser ist in der vergangenen Nacht hier eingetroffen, und nun wird wohl auch hier bald eine Entscheidung bezüglich der Congressfrage erfolgen. Das einzige in dieser Frage berechtigte Regierungsorgan, das „Journal de St. Petersburg“, hat bis jetzt über Auslands-Ansicht in dieser Angelegenheit ein absolutes Schweigen bewahrt.

Bukarest, 15. November. (Zel.) Heute hat Fürst Gutsu in Person die Kommissionen eröffnet. Die Thronrede fordert Einigung der Parteien und Vertrauen zwischen Regierung und Volkssouverän. Sie kündigt mehrere Gesetzesentwürfe an, als Regelung der Bauernverhältnisse, eine Erweiterung des Wahlgeheges, Regelung des Unterrichts, Projekte zu Eisenbahnbauten und eine Entschädigung für die Stadt Jassy.

Sterdiging. Zo gestigten Blatte ist in dem Turiner
Büche ein wahrer Drudelber zu beobachten: hat: „Napoleons-
ischen Preyman“ und es heißen: neapolitanische Preyman.

Der politische Aufstand.

Warschau, 14. November. (Dr. A.) Die Leser werden sich erinnern, daß nach der Entwendung von 4 Mill. Gulden aus der Finanzkommission einige Kassenbeamte vor ein besonderes ad hoc eingeschafftes Kriegsgericht gestellt wurden. Die Angeklagten, sechs an der Zahl, sind zu größeren oder kleineren Strafen verurtheilt worden. — Der heutige „Dienst“ enthält eine Ansprache des neuen Statthalters, Grafen Berg, an das Militär, worin er die Worte mitteilt, welche Se. Majestät der Kaiser ihm telegraphirt hat: „Möge Gott helfen, mein Vertrauen zu rechtfertigen. Ich bin überzeugt, daß die Garde und die Armee auch unter Eurer Leitung ihre Pflicht, wie unter meinem Bruder erfüllen werden.“ Graf Berg fügt auch seine Erwartung hinzu, indem er den Soldaten geruht: „Ihr werdet nach wie vor wacker Jungens (zwoy) bleiben, durchdrungen von einer unerschütterlichen Abhängigkeit an Se. Majestät und von Liebe zum Vaterlande. Vereinigen wir uns gemeinschaftlichen Anstrengungen, um die Hoffnung des Monarchen zu erfüllen, und möge Gott dazu helfen!“ — Morgen ist beim neuen Statthalter Empfang.

Lemberg, 14. November. Der „Gaz. nar.“ zu folge verlaufen. Fürst Czartoryski und Mieroslawski hätten ihre Demission, Ersterer als diplomatischer Agent, Letzterer als Generalorganisator, erhalten.

Zwei politische Versammlungen.

I.

Unsern Lesern liegt nunmehr eine stenographische Aufnahme der in der letzten Generalversammlung des Nationalvereins gehaltenen Reden vor. Wie dies bei einigen früheren Gelegenheiten vom „Dresdner Journal“ geschehen, so hat es auch jetzt, um dem bedächtigsten Zweck zu genügen, den stenographischen Bericht ohne ein Wort kritisches Zusatzes zum Ausdruck gebracht. Der Zweck, welchen man bei solchen Mittheilungen im Auge hat und der den gemachten Wahrnehmungen zufolge dabei auch erreicht werden ist, ist aber einfach der, dem größern Publicum volles Material zur eigenen Beurtheilung der Nationalvereinsbestrebungen zu thun, und dasselbe nicht in seinem Urtheile von den gewöhnlichen Berichten in Blättern abhängig zu machen, welche aus Parteiübersichten ein Interesse daran haben, exzessive Neuerungen, Widersprüche, unwillkürlich zu Tage treiende geheime Parteizwecke und Reden, die einen auffallenden politischen Bildungsmangl verrathen, zu unterdrücken. Wir glauben, durch unsre stenographischen Berichte ist dieser Zweck genugsam erreicht. Indeh da gerade der stenographische Bericht über die letzte Generalversammlung des „Nationalvereins“ in Leipzig so Manches enthält, was für die Stellung, Bestrebungen, Agitationen und geistigen Kräfte des Vereins besonders bemerkenswerth ist, so laden wir heute unsern Leser ein, mit uns die Verhandlungen noch einmal durchzugehen. Herr v. Bennigsen eröffnete die Versammlung mit einer Ansprache, in der er, gewiß nicht ohne Vorauksicht der kommenden Debatten, vor Allem betonte, daß man hier einz sein möge. Der Redner zieht dem Geiste der Verhandlungen sofort einen Ausdruck, indem er den Furchten mit Revolution droht. Von ihrem „fernen Verhalten“ werde es abhängen, ob die reichen Kräfte, die der Nationalverein in der deutschen Nation zu einigen strebe, friedlich aufzubauen oder gewaltsam zerstörend wirken sollen in Deutschland! Herr Streit aus Korburg verweist auf den gebraucht vorliegenden Bericht und spricht von der Lautigkeit, welche im Aufbringen von Geldmitteln sich fund gebe. Dieser Bericht enthält einige bemerkenswerthe Daten. Bezüglich des Vereinsorganes, der „Wochenschrift“, ergiebt sich aus den Einnahmen, daß dieselbe circa 2000 Abonnenten haben kann und daß etwa 12,000 fl. dabei zugelegt werden müssen. Die Sonderare und Gehalte für das Bureauinternational sind mit

Honorare und Gehalte für das Bureaupersonal sind mit über 10,000 fl. angegeben! Nicht uninteressante Zahlen sind ferner: 4607 fl. „für Reisekosten an Auslandsmitglieder und Agenten für Zwecke der Vereinszwecken“, 3952 fl. „für diverse Auslagen incl. der von den Vereinsagenten in Rechnung gebrachten“, 2727 fl. „für außerordentliche Ausgaben“, 4901 fl. „Ausgaben für allgemeine Wirksamkeit durch die Presse, in Flugblättern, Broschüren etc.“. Das Mitgliederverzeichnis steht in Summa 23,539 Mitglieder auf, indem haben nur 12,126 Mitglieder bisher ihren Beitrag gezahlt, während 4694 erst nach dem 16. September 1863 von den Agenten angegeben sind und für 6719 Mitglieder von den Agenten „noch gar nicht abgerechnet“ ist. Herr Streit's Klagen sind also nicht unbegründet.

Bedeutung eines gewöhnlichen Leitartikels irgend eines der nationalvereinlichen Blätter erhebe. Beköllt man den Geschäftsbericht des Herrn Streit im Gedächtnis, so will es einem nur gut nicht begreiflich werden, wie der politische Bericht davon reden kann, daß die Nationalvereinigungen sich verbreitet hätten, und wie derselbe sich erlauben kann, die Nationalvereinsache mehrere Male kurzweg als die „der deutschen Nation“ zu bezeichnen, ja mit Beschränktheit auszuweichen: daß und das werde die „Nation“ thun oder sich nicht gefallen lassen. 12,000 zahlende Mitglieder und 2000 Abonnenten auf das Vereinsorgan, nimmt man noch dazu, daß sie sich hauptsächlich auf Preußen und ein paar Thüringer Staaten erstrecken, für eine Repräsentation der Nation und des Nationalwillens auszugeben — das charakterisiert treffend die politische Illusion dieser Herren! — Bei der Frage, ob der Bericht gedruckt werden solle, erklärte sich Herr Wirth dagegen. Indes wird der Druck von der Versammlung doch beschlossen. Er war ja auch schon gedruckt! — Der diesem Berichte angehängte Ausdrucksantrag ist durch seine Widersprüche bemerkenswert. Denn wenn nach ihm durch die Reformate zugleich „die freiheitliche Entwicklung der Einzelstaaten gefährdet“ und doch auch wieder die „volle Souveränität der Einzelstaaten garantiert“ sein soll; wenn die Fürsten „mitwirken“ sollen „an der Aufrichtung eines neuen Deutschlands“ und andererseits wieder „nur das deutsche Volk in einem freigenahmten Parlamente über sein Verfassungsrecht entscheiden“ soll — so kann verglichen wohl nur von Politikern hingenommen oder übersehen werden, welche in ihren Reden zur Empfehlung des Ausdrucksantrags den Auschluss Österreichs (von 9 Millionen Deutschen) predigen, während der Ausdrucksantrag der Frankfurter Reformate schon zum Vorwurf macht: sie lasse es dabei bestehen, daß Preußen Provinzen (mit nur etwa 2 Millionen Deutschen) außerhalb des Bundes habe!

Der Berichterstatter liefert nach Verlesung des Berichts eine mit dem bittersten Haß getrunke Kritik des frankfurter Bundesreformprojektes. Dieses sei ein „Fürstenprogramm“, es „erkenne gar kein deutsches Volk an“, es „stelle sich auf die Basis des alten Wiener Kongresses, der zurückgreift in eine Zeit, wo man die Völker verhandelte und verschacherte zu Gunsten dynastischer Interessen (Bravo!), wo man auch nicht den Sitz antwortete, daß die Völker ihrer selbst wegen da seien, sondern davon ausging, sie seien nur der Fürsten wegen da“. Vom Standpunkte des Staatenbundes aus, den die Reformate einnehme, sei alles das ganz richtig und consequent. Deshalb eben müsse die Nationalpartei einen Bundesstaat wollen. Vom Allgemeinen zum Besondern übergehend, kommt Herr Miquel zweist aufs Directorium in der Reformate zu sprechen. Als Probe seiner politischen Logik geben wir folgendes her vor. Herr Miquel sagt: In dem Directorium sei keine Garantie einheitlichen Handelns und entschlossenen Vorausgehens geboten, denn die beiden Großstaaten würden nicht ihre Sonderinteressen, ihren Staatsgeist ausüben, ihre besondere Großmachtstellung aufgeben, bloß deshalb, weil sie an der Seite der Fürsten im Directorium sitzen. Wer auch die particularistische Kraft der Mittelstaaten würde verstärkt, belgisch wäre nach Herrn Miquel „nicht bloß der Gegensatz der Großmächte nach wie vor vorhanden, nicht bloß wäre die particularistische Stellung der Königreiche vollständig gehobt, nein, es würde der Gegensatz der Großmächte unmittelbar zu einem Auseinanderplatzen beider führen, und die particularistische Stellung der Königreiche wäre verstört.“ Und den verhaften Mittelstaaten und Österreich zugleich eins anhängen zu können, bemerkt Dr. Miquel gar nicht, daß eine heimt Anklagen gegen die Reformate, wenn sie überhaupt begründet wären, durch die andere aufgehoben werden muß. Denn wenn wirklich die Stellung der Mittelstaaten verstärkt würde, so könnte logischerweise die Gefahr des „Auseinanderplatzens“ der beiden Großmächte sich vermindern, ein deutsches starker Mittelglied würde doch die abweichenden Interessen der Großmächte eher vermitteln können, als ein schwaches oder gar feines! Nun kommt ein Pausus über Österreich, der das Menschenmitleid in Schäsigkeit leistet. Abgesehen von den gewöhnlichen gothischen Szenen, das Österreich „undenklich“ sei, Deutschland stets „ausgezehnt“ und „bedrückt“ habe, weiß Herr Miquel auch etwas Neues, nämlich, daß Österreich sich vor 50 Jahren „nur jagend und gewissermaßen gezwungen“ dem Freiheitseinigen der Nation anschloß. Die Versammlung, welche hierzu, wie zu jeder Geißelhaft gegen Österreich „Bravo!“ rief, stellte sich damit ein gesichtliches Armuthzeugnis aus. Herr Miquel hätte, wenn er in anderer Gesellschaft war, gerade die Erinnerungen an Leipzig nicht erwecken dürfen, denn in Wahrheit geben sie ein vernichtendes Zeugnis gegen die ganze Bundesstaatstheorie. Preußen hatte sich Russland in der Belämpfung Napoleon's angegeschlossen, weil es, aufs Neueste niedergedrückt, wie es war, kaum noch viel verlieren konnte. Wie trotzdem die preußische Regierung erst durch Holl's Übergang und das Andringen des errasenden Gesetzes im Volle gezwungen wurde zum Frontmachen gegen Frankreich, ist bekannt. Preußen und Russland zusammen kämpften aber unglücklich gegen Napoleon. Dieser bot alle Mittel der Verführung, alle Anerbietungen von Vorteilen auf, um Österreich von der Coalition zu trennen. Trotzdem trat Österreich bei und nun erst konnte sich die Wagtschale auf Seiten der Verbündeten neigen. Alle Völkerhaften Österreich vergossen bei Leipzig ihr Blut für die deutsche Sache, und man hat sich damals des treuen mutigen Beistandes der hente vom „deutsch-nationalen“ Standpunkte aus verherrlichten Kroaten, Ungarn &c. sehr zu gratuliren gehabt. Herr Miquel läßt an Österreich so zu sagen kein gutes Haar. Die liberale Regierung wird von ihm verhöhnt, die Constitution als ein Act unverrohten Versuchs hingestellt; Hervorragende Staatsmänner, deren großartige Bedeutung der Geschichte angehört, sind ihm „österreichische Schufte!“

Dah ein Mann, der sich solchen fanatischen Ausdrücken des Hasses gegen Österreich überläßt, seine irgendwie billige, noblermögliche Kritik der Reformate geben kann, ist leicht einzusehen. Mit derselben Leidenschaftlichkeit kritisirt Herr Miquel denn auch die Reformate weiter. Die Delegiertenversammlung würde die Gefahr ergeben, „nichts weiter als Ja-Brüder oder bewußte Trabanten des österreichischen Politik (Bravo) zu bekommen“. Nach der freiheitlichen Seite könne sie nichts leisten, denn sie habe keine entscheidende Stimme und eine ja geringe Kompetenz. Unmittelbar darauf weist Herr Miquel aber auch wieder zu klagen, daß sie zu viel Kompetenz hat. Sie nennt die Freiheit, das Verein- und Staatsbürgersrecht. Zug das Directorium hätte zulose-

aber demonstriert, daß Directorium keine Garantie für einheitliches Handeln! Wie man hieraus sieht, weiß Herr Miquel von den Institutionen der Reformacie immer sich widersprechend zu sagen. Erst werden sie betuntergezogen, weil sie seine Macht und Eintracht ließen, dann wieder, weil ihre Macht und Eintracht höchst gefährlich ist! Endlich kommt Herr Miquel noch zu dem Bundesgerichte der Reformacie. Hier wird die Situation für ihn etwas schwieriger, denn es liegt sich selbst dem gläubig an seinen Thoren hängenden Publikum des Nationalvereins gegenüber nicht zeigen, daß diese Institution der Volksfreiheit geradezu gefährlich sein soll. Herr Miquel weiß deshalb nur darauf hin, daß das Bundesgericht allein von den competenten Landständen angerufen werden könne, was aber nicht wohl gehe, wenn „mas neue octroite Wahlgesetz und die Volksstimme corruptende Landlage an ihre Stelle setze.“ Über die Zusammensetzung des Bundesgerichts (12 von den Fürsten erkannt, 12 aus den Ständen genommen) sagt Herr Miquel: „In welchen Sinn da die Mehrheit sein könnte im Bundesgericht, bedarf wohl keiner weiteren Ausführung.“ So? Selbst verständigt, was Herr Miquel weiterhin hat, daß einzelne Richter sich von politischen Meinungen beeinflussen lassen, so würde die Mehrheit auf diese Weise doch wahrlich nicht zu gewinnen sein, oder man müßte annehmen, daß selbst die von den Ständen gewählten Richter Partei gegen ihre Wähler nähmen? Will Herr Miquel überhaupt dem deutschen Richterstande solche Nichtehrenbüdigkeiten impfieren? Eine Nation, der man mit Recht dergleichen Dinge vorwerfen könnte, möchte wohl keiner Freiheit wert sein! — Herr Miquel kommt sodann auf den Widerstand Preußens gegen die Reformacie zu sprechen und findet die preußische Gegenwirkt zutreffend. Hier kann der Redner wieder in seinen Höderungen Capital für die „preußische Spize“ machen. Meist das liberale Österreich eine Bundesreform an, so ist in Herrn Miquel's Augen, wie wir gesehen haben, Alles nur Schein; dahinter steckt immer nur Absolutismus und Unterdrückung. Wie aber spricht Herr Miquel von den Gegenvorschlägen des Herrn v. Bismarck? Es sei ganz dem Standpunkte des Nationalvereins entsprechend, wenn Herr v. Bismarck sage: sei eine Gesammtvertretung der Nation vorhanden, so wäre man sicher, daß Richter darin beschlossen rechte, was von den Interessen Preußens abwiche, denn die deutsche Nation habe dieselben Interessen, wie der preußische Staat. Dies sei „sehr richtig“. Preußen, selbst das reactionäre, könnte gar nicht anders, als so sprechen. Das bestätige ganz die Anschauungen des Nationalvereins. Hr. Miquel hat vergessen, daß ein liberales preußisches Ministerium, als daß jeho ist, sich vor nicht zu langer Zeit für das, damals von der klassischen Regierung aufgestellte Prinzip der Delegation erklärt hat. Nednre ist übrigens so aufrichtig, anständlich zu sagen: ehe Preußen nicht an die Spize Deutschlands ziehe, könne es nicht besser werden. Schließlich kommt in einer Parallele an die Mitglieder des Nationalvereins ein Hinweis auf die Leipziger Schlacht — „lieber sterben, als zurückbleiben“. — Wir meinen, hat das deutsche Volk für den „Nationalverein“ schon so wenig Geld und Gut, wie Hr. Streit sagt, so wird es mit seinem Blute wohl noch sparamer sein. Hr. Miquel möge auch die Leute nicht zu sehr abschrecken. Todesgefahr ist vorläufig nicht dabei, wennemand dem Nationalverein beitrete.

Herr Benedey liefert unter Anderem eine nette Illustration zu den „gefehligen“ Agitationsmitteln des Nationalvereins. Es könnte, meint er, bei den „Feinden des Nationalvereins“ Mischfuß erregen, wenn in dem Ausschlußantrage stehen bliebe: Man verneine „kein Mittel“ zum Ziele. Das klingt jesuitisch. Man möge etwa hinzufügen: Kein „ehrenhaftes“ Mittel, „Kein gesetzliches Mittel“ zu sagen, habe seine Bedenken. Man könnte in den Agitationen auf Rechts reduziert werden, wenn man das Wort „gefehlt“ im strengsten Sinne nähme, aber man möge dennoch den Begriff nicht verlieren, daß die Agitation eine gefehlte bleibe. Der Nationalverein sei nicht berufen, die Kopfe Andersgesinnter zu zerstören, wie die Revolution thue, sondern weiter dahin zu arbeiten, wie diese Kopfe aufgelöst würden. Für so unmenschlich wird man auch wohl Herr. Benedey nicht halten, daß die 12.000 bis 20.000 deutschen Nationalvereinmitglieder, welche nach ihm allein keinen „Unsinne“ im Kopfe haben, allen andern Deutschen die Kopfe zerstören sollen! Vom „künftigen Parlamente“ sagt Hr. Benedey, es dürfe nicht das Gesetz berathen und Andere regieren lassen, vielmehr müsse das Parlament, was kommen sollte, ein Konvent sein, daß sei die Rechtmäßigkeit. Hier läßt auch wohl der „Begriff“ des Geheimlichen Herrn Benedey im Stich. Der Redner sieht die Gefahren von Sonderbünden nur auf Seiten Österreichs. In diesem Augenblife schaffe es wieder einen Deutschen Bund, wenn nicht Alles trüge, dessen Grundlage in Villafranca gelegt sei. Einem gebildigen Publikum kann dies geboten werden. Nach 4 Jahren führt Österreich eine Grundlage von Villafranca aus, nachdem ihm die damals wegen Toscana und Modena gegebenen Aufgaben so gut gehalten wurden! Hr. Benedey halte troß dieses gesinnungsfähigsten Vorfabrens auf Österreich mit seinem Antrage gegen jeden Sonderbund doch sein Thema berührt, das innerhalb des Nationalvereins näher zu erörtern nicht wohl thun mag. Die Versammlung erklärt sich gegen sein Weiterreden. — Hr. Streit erhält eine eigenhümliche, das hohe Selbstbewußtsein des Nationalvereins verrathende Ausschöpfung von der Stellung des Nationalvereins zu den deutschen Fürsten, indem er dagegen ist, daß der Nationalverein sich bereit zeigen solle, „in Unterhandlungen mit den Fürsten zu treten“. Hr. Streit sah macht noch weiter gegen den Satz im Ausschlußantrage wegen der Mittel zum Ziele geltend: Man könne eine Revolution machen, aber man dürfe nicht vorher davon reden. Am allernächsten dürfe man auf direkte oder indirekte Weise den Beschuß, Resolutionen zu machen, andeutungsweise aber vollziehen.

eration zu machen, anbedeutungswerte oder vollständig klar in die Resolution eines Vereins aufnehmen.
Hr. Wisinger deutet mit vollem Rechte einen neuen Widerspruch im Antragschlußantrage auf, denn derjelbe verfehlt die Neuerwartete vor: sie verstärkt die particularistische Stellung Österreichs, während eine solche dem Nationalvereine gerade wünschenswert erscheinen müßte zur Aufrechterhaltung des österreichischen Staatenbundes und damit die anderen deutschen Staaten für eher in einem „Vereinstaat“ abgrenzen. Wenn man Österreich einmal in dieser Stellung habe, dann wolle der Nationalverein den „Kriegsgefeinden“ die Gelegenheit zur Begründung eines einzigen deutschen Bundesstaates schon abdrühen, behobt das auch zu den „gezielichen“ Agitationen? —

biesem Vorderzage, — der, um ins rechte Licht gestellt zu werden, doch einer genaueren Untersuchung der nationalen Verhältnisse der übrigen Großmächte, sowie namentlich der Frage bedürfte, ob dynastische und nationale Grundlage wirklich als Gegensätze anzusehen sind — sieht Dr. Schulze den Schluss: folglich müsse Österreich „naturnotwendig“ die nationale Bewegung in Deutschland beämpfen. Richtiger hätte Dr. Schulze gesagt: Österreich will sich nicht ausdrücken lassen von einem nationalen Ausschluß. Dr. Schulze demonstriert recht: Österreich könnte also nie auf den „Bundesstaat“ eingehen, und — fährt Dr. Schulze fort — dies sei doch das Mindeste, was überhaupt fordert werden müsse. Ein wahres Wort spricht Dr. Schulze, wenn er findet: „dass der ganze Bundesstaat sehr möglich genug da in Europa, so viel großen Einheitsstaaten gegenüber. Mit der Zeit freilich werde sich diese Lage bessern, indem er ein Einheitsstaat werde, wenn man nur erst in die Gleichheit des Bundesstaates drin wäre.“ Österreich willigte nie ein in den Bundesstaat, wenn der Nationalverein es nicht geschmettere. Dr. Schulze wird, wenn er diese seine, vielleicht in allzuverträglichem Geist gesprochenen Worte noch einmal anhören will, und zugeben müssen, daß sämtliche deutsche Staaten sich in derselben Lage befinden, wie Österreich. Wenn sie nämlich der Nationalverein nicht „geträumt“ kann — und Ieden thun's nicht! — so können und werden sie nicht auf den „Bundesstaat“, der ein „Einheitsstaat“ wird, eingehen, ohne sich aufzugeben. In Bezug auf die Reformfrage strebt Dr. Sch. der von Herrn Michael geleisteten Kritik nicht ohne Glück in Erfindung neuer Kraftanstrengungen nach. Folgt eine Gegenüberstellung Österreichs und Preußens, wobei erstens natürlich leicht meglässt. In Österreich gebe es keinen Verfassungsconflict, weil die dortigen Abgeordneten „alle Wunden des Staates vertrüthen“. Auf dem Felde der Preße sei in Österreich „Geiz und Siegel“, wogegen man jetzt in Preußen sich so fröhlig ausleue; die staatliche Seite des Protestantismus, welche in Preußen vertreten sei, bestiche in der religiösen Toleranz. Österreich dagegen — „Gensorbeit“ sc. sc. Was die Anträge wegen Wiedereinführung der „Mittel“ zum Ziele betrifft, so beweist Dr. Schulze auf die folgende Stelle wegen des Nichtbestehens der Nation und sagt über die Attribute des Zentralparlaments: die Kontrolle des Parlaments, das die von ihm gefassten geistlichen Beschlüsse aufzuführen werden von der Regierung, müsse man fordern. Nach Herrn Schulze's Ansichten würde also die Regierung kein Recht besitzen, Beschlüsse des Parlaments ihre Zustimmung zu versagen! Der Redner kommt allgemein vom Bundesstaate durch den Einheitsstaat bis zur Republik!

Schlimmer war Herrn Venedeo, dessen Antritt wenigstens unterstellt ward, wenn ihm auch das Wort zur Begründung entzogen wurde, ging es dem von Herrn Grönig aus Bremen geäußerten Antrage, wonach man „unter gegenwärtigen Verhältnissen auch eine, auf wirkliche Verbesserung des bestehenden Staatenbundes abzielende Reform unterstützen möge.“ Er ward nicht einmal unterstutzt. Der Redner erwiedt großes Missfallen in der Versammlung, indem er erörtert, der Bundesstaat lasse sich unter den jetzigen Verhältnissen, selbst wenn in Preußen ein liberales System aus Rücksicht, nicht erreichen, sondern das Streben danach würde einfach zum Kriege zwischen Nord und Süd führen. (Was ist mit: „Oho!“) Herr Grönig geht die preußischen Vorzüglichkeiten durch und wird dabei etwas dicker gegen gewisse Nationalvereinapolitik. Er erinnert daran, daß man 1859 zur Zeit des italienischen Krieges aus Preußen fortwährend hörte: Preußen könne sich nicht einzufügen lassen, und remonstrirt dagegen, daß die Reichsverfassung augenblicklich noch bestehendes geltendes Recht wäre. Mit Annahme des Ausführungsantrages würden viele gemäßigte Männer und nicht die schlechtesten Mitglieder aus dem Vereine austreten.

Herr Falcken aus Königsberg spricht von der deutschen Bezeichnung seiner Heimatprovinz. Man müsse Preußen in der zukünftigen Bundesverfassung dulden, was „die preußische Gemeinschaft an reelle Wirkung hinüberbringe in den deutschen Organismus“. Welch hohe Würdigung Redner vor der Wirkung aller Dinge in Preußen hat, besiedelt der Satz, wonin er die bevorstehenden Wahlen in Preußen ein Leipzig des Friedens nennt, „vielleicht von nicht geringerem Einfluss, als jenes weltberühmte Leipzig von vor 50 Jahren!“ Etwas ungewöhnlicher wird es jedenfalls an den preußischen Wahlurnen sein, als jener Zeit bei Leipzig. Wenn freilich Herr Falcken schon eine simple Wahlabstimmung in Preußen, bei der Niemand viel zu rätseln hat, Preußen so hoch wie eine Schlacht von Leipzig angerechnet haben will, was mag dann Deutschland an Preußen Alles bieten, um ihm nach Herrn Falcken's Ansicht eine gerechte Stellung in der neuen Bundesverfassung zu verschaffen!

Herr Gfhardt aus Karlsruhe: Den deutschen Diktatoren, wenn sie mit Deutschland gehen wollen, bleibt nur übrig, die Februarverfassung, welche ziemlich „eine Comödie“ — folgen die gewöhnlichen Sätze über Concordat etc. — sei, „wagnuzogen“; wollten sie das nicht, so müßten sie sich „resignieren“ und Deutschland an seiner „engen“ Konstituierung nicht hindern wollen. Redner findet hierin die einzige Alternative für Diktatorreich. Wie aber, wenn Österreich, wie die Reformade vorge schlagen, im Staatenbunde mit Deutschland gehen will und zugleich seine Verfassung (Hr. C. nennt sie freilich nur eine „Comödie“) behalten? Auf das Einschreit kommt der Redner nicht. Die „preußische Spiege“ mög lichst jetzt noch nicht discutiren, indem meint Hr. Gfhardt, es werde sofort möglich, „wenn das preußische Volk eine Aufgabe lösen wird, und wenn auch die preußische Dynastie die ihre löst“. Hr. Schulze wird in diesem Punkte später noch zurückkommen.

Herr Piper schlägt dann ein unliebsames Thema

... die Vermehrung der Geldmittel des Vereins. Wie
die Mittel verwendet würden, könne man im Rech-
nungsberichte „zwischen den Zeilen“ lesen. Wiederholter
Schlagrufen unterbricht den Redner. Herr Wasserfall
in Stettin beansprucht ein Dokument für den Groß-
herzog von Baden. Wer Deutsche seien sehr selten in der
Lage, einen unsterblichen Helden wegen seines politischen Ver-
haltens zu beleben. In diesem Falle, wo ein deutscher
fürst sich genug nicht die Gunstwürdigkeit seiner furcht-
haften Kollegen gezeigt, hätten die Mitglieder des Na-
tionalvereins Veranlassung, ihn dafür zu entjüngeln.
Ob dieses als mainwirkt Dokument den gewünschten
Eindruck an der betreffenden Stelle macht, lassen wir
ahin gesellt. Der allgemeine und herzliche Jubel, wel-
cher so viele andere deutsche Fürsten bei ihrer Heimkehr
in Frankfurt empfangen hat, das Datum des hohen
Abgeordnetenhaus und des österreichischen Herren-
hauses scheinen Herrn Wasserfall unbekannt zu sein.

Als Herr Jordan aus Schlesien sagt: Man möge es nicht mit diesem Doktorat übereilen, in einem Jahre stände die Sache ganz anders aussehen; der Großherzog habe sich gar nicht auf die Verhandlungen einzulassen.

"Gesetzter habe der König von Preußen gehandelt,"

entsteht ein solches Vertrauen, daß der Präsident die Räumung der Tafel zur Debatte rückt und hinzufügt: man müsse sich daran gewöhnen, abweichende Meinungen auch anzuhören.

Herr Pfeiffer aus Braunschweig spricht, ohne daß Beifalls zu erwarten für seinen Antrag: einen allgemeinen Nationalfond zu sammeln, von welchen Dienstleistungen welche sich im Dienste der Ideen des Nationalvereins erfreuen, unterstellt werden könnten. Er weist auf Preußen hin, die dortige Presse hätte in ganz anderer Weise auftreten sollen und würde dies tun, wenn die Behauptungen nach Unterstützung des Aufstandes gegen Nahmung seien.

Der Redner spricht weiter: Mit dem Abzug der preußischen Truppen aus Sachsen sei ein in der Zeit vergangenen Monaten aufgetretener und am heutigen Tag aufgetretener Konflikt zwischen den beiden Staaten verhindert worden. Der preußische Staat hat sich in den letzten Tagen sehr wohl durch einen "Nationalfond" sich zur Todessicherung angeregt, gegen gleich hierher Hagen in Bautzenburg, den das Gericht wieder aus der Haft entließ, weil er durch die Sammlungen für ihn immer mehr aus seiner bedrängten finanziellen Lage gerissen wurde; aber große preußische Blätter, in denen ein Kapital von Hunderttausendern von Thaler zu Grunde geht, würden schmalen ihre Fristen aufs Spiel setzen gegen einen vom Nationalfond verhinderten Schutz vor Nahmung.

Herr Miquel im Nationalverein hat gut reden: "lieber Freunden, als zurückbleiben" u. dergl. m.; wenn's ungewöhnlich ist,

zu keinem Wahltag sind alle zum "Sterben" bereit, wo es sich aber um das Sterben wirklich handelt, da steht es etwas anderes.

Von Herrn Streiter aus Koburg erfahren wir, daß der Nationalverein sich „als thüringischer Vertreter der Nation“ erfüllt, er müßte deshalb

die Volkskunst gegenüber der Künsten politisch vertreten und nicht vermittelst wollen. Die Annahme, daß 20.000

Mitglieder einer Partei, welche nur wenigen deutschen Staaten angehören und sich im schwindenden Gegenstand gegen alle übrigen befindet, die "deutsche Nation" repräsentieren sollen, ist mit der des Herrn Streiter, wonach der "National-Verein" mit den Fürsten „im Verbund“ treten kann, auf gleiche Stütze zu stellen.

Der folgende Redner, Herr Nagel aus Elberfeld, geht gründlich zu Werke, denn er steht in einer, die politische Ausrichtung von Wohlhabern des Nationalvereins trefflich charakteristischen Rede in Auehd, daß „Preußen und die Mittelstaaten, vielleicht über alle Staaten hinausgreifend, würden, dann wenig ein deutscher Einheitsstaat kommen.“

Übrigens ist es Herr Nagel klar, daß Österreich auf jenen Fall „außerhanden gehen muß“. Danach möchte

"Niedersachsen" mit seinem „So aus Allem“ verrunge

nicht werden, die nötige Nationalvereinspolitik getroffen haben.

Heinrich und Zürich berichtet eine „wunde Stelle“ des Nationalvereins, welche Schuld daran sei,

dass Vorfahrt nicht in Wirklichkeit, der einen

Redner spricht weiter: „Die preußischen Freiheit, die

Wohlhaber, die Rübezahlung in

der Rübezahlung in

